

Reinoldustag 2014

Statement der Kirchen

Vortragender: Superintendent Ulf Schlüter



Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Schwestern und Brüder!

Der Neujahrsempfang der Kirchen, unser Reinoldustag, ist immer auch ein Anlass darauf zu schauen, was uns gemeinsam beschäftigt und was uns im neuen Jahr herausfordert. Auch wenn bei uns einiges und einige neu sind: An diesem Brauch, dem sog. Statement der Kirche zur Lage, wollen wir festhalten.

Mit dem Motto dieses Reinoldustags "Wenn ein Fremder bei euch wohnt..." wollen wir ein Zeichen setzen. Die Begegnung mit Fremden, die Fragen von Flucht und Migration spielen in der letzten Zeit eine besondere Rolle in Stadt und Land.

Die Zahlen der Zugewanderten und der Flüchtlinge steigen – wenn auch nicht in dem von manchen befürchteten und beschworenen Ausmaß. Hier wird – das sei am Rande bemerkt – in der nächsten Zeit viel auch an einem verantwortlichen Umgang mit der Sprache hängen. Die in der öffentlichen Diskussion oft und im besten Fall noch unreflektiert wiederholten Sprachbilder zum Beispiel von den „Strömen“, die da drohen, erzeugen und verstärken ganz subkutan Ängste, wo nüchterne Betrachtung hilfreich und geboten wäre.

Wie dem auch sei: Angesichts der rechtlichen Veränderungen ab 1. Januar 2014 steht die Zuwanderung aus Osteuropa sicher oben in der öffentlichen Wahrnehmung.

Nicht zuletzt in Dortmund hat es dazu heftige öffentliche Debatten gegeben. Als Kirchen liegt es uns fern, die Probleme zu verharmlosen. Etwa 4500 Menschen sind in den vergangenen Jahren nach Dortmund aus Rumänien und Bulgarien zugewandert. Was sich statistisch als Durchschnittswert darstellt, kann in einigen Quartieren und Straßen durchaus zu einer Ballung von Problemen führen, vereinzelt durchaus unerträglich. Wir verstehen, dass gerade die Nachbarschaften beunruhigt sind. Es wäre deshalb auch ausgesprochen unsolidarisch, die Nordstadtbewohner mit diesen Problem alleine zu lassen.

Aber die Debatte trägt mitunter eben auch populistische Züge. Unerträglich und teilweise rassistisch ist zum Beispiel die sog. „Zigeunerdebatte“.

Unsere Fachleute in der Beratungsarbeit beobachten demgegenüber zunächst ganz nüchtern, was sie in ihrer täglichen Arbeit und in der Begegnung mit den konkreten Menschen erleben.

Die Lage der Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien nach Dortmund wird dort folgendermaßen beschrieben:

- *Arbeitslosigkeit und prekäre Verhältnisse im Herkunftsland sind die Regel,*
- *Zugleich gibt es völlig falsche Vorstellungen über das Leben und die Möglichkeiten in Deutschland,*
- *mit der deutschen und bulgarischen Bürokratie sind die Menschen überfordert.*
- *Häufig sind sie Ausbeutungsstrukturen ausgeliefert.*
- *Aber alle wollen sich ein besseres Leben in Deutschland aufbauen. Das Herkunftsland ist keine Option für die Zukunft mehr.*
- *In der Beratung fragen sie nach Arbeit, Gesundheitsversorgung, kostenlosen Sprachkurse, - selten nach Sozialleistungen. Ihnen ist wichtig, dass ihre Kinder Schulbildung erhalten.*

Die Erweiterung der EU ist Realität und gültige Rechtslage ist. Daran ist zu erinnern. Dass der Balkan heute, 2014, anders als vor 100 Jahren nicht Ausgangspunkt einer kontinentalen Katastrophe, sondern integraler Bestandteil der europäischen Union ist, ist ein bedeutender historischer Fortschritt und dient dem Frieden. Das darf nicht vergessen oder geringgeschätzt werden.

Wer aber könnte es den Menschen verdenken, dass sie angesichts von alltäglicher Ausgrenzung und Chancenlosigkeit dort ihre neuen Möglichkeiten in Europa nutzen und neue Chancen suchen, für sich und ihre Kinder?

Unsere gemeinsame Aufgabe ist es, uns dieser Aufgabe auch in der kommenden Zeit konsequent gemeinsam zu stellen. Die kirchlichen Wohlfahrtsverbände haben das Problem frühzeitig erkannt und sich auf den Weg gemacht, das Dortmunder Netzwerk EU-Zuwanderung mit gegründet und eigene Projekte entwickelt. Dabei hat es von Anfang an eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Stadt gegeben. Das städtische Handlungskonzept ist ein beachtlicher Lösungsansatz, und es ist bezeichnend, dass Dortmund auch bundesweit fachlich in diesen Fragen eine zentrale Rolle spielt. In Planung ist eine Ökumenische Anlaufstelle EU Armutswanderung. Das soll ein sichtbares Zeichen unseres anhaltenden Engagements sein.

Die Flüchtlingszahlen sind bundesweit in letzter Zeit auf das Niveau von vor fast 20 Jahren gestiegen. Das hat viele Gründe – und natürlich hat das Diskussionen ausgelöst.

Die Grenzen der EU hermetisch abzuschotten, ist nach Überzeugung der Kirchen allerdings weder ein möglicher noch ein richtiger Weg. Lampedusa ist ein Fanal für unsere Verantwortung. Nicht umsonst hat der neue Papst Franziskus dort sehr bewusst ein klares Zeichen gesetzt und keinen Zweifel daran gelassen, was Sache der Christen ist, wenn Menschen in Not geraten.

In Dortmund hat es über die Unterbringung von Flüchtlingen Unruhe gegeben. Als Kirchen unterstützen wir in Hacheney und Lütgendortmund die Runden Tische. Sie können die Konflikte moderieren helfen und das Miteinander praktisch fördern.

Dortmund ist eine weltoffene Stadt - als Kirchen wollen wir das Unsere dazutun, diese Selbstverpflichtung auch einzulösen. Zurzeit beraten wir mit der Stadt, ob und wie Wohnraum in Kirchenbesitz Flüchtlingen als Unterkunft zur Verfügung gestellt werden kann. Ein erster Anlauf hat noch nicht gleich zum Ergebnis geführt, aber wir sind dort weiter im Gespräch mit der Stadt.

Toleranz lautet das Schlüsselwort. Als ev. Kirche war es im letzten Jahr Schwerpunktthema der EKD. Wir haben ein Toleranzedikt veröffentlicht, an die Reinoldikirche gehängt und über das Jahr verteilt, haben Veranstaltungen dazu angeboten.

Toleranz ist aber eine dauerhafte Aufgabe, weil wir dauerhaft in einer multikulturellen und interreligiösen Situation leben werden.

Wir erinnern an die Höhepunkte des vergangenen Jahres: Das 20-jährige Jubiläum des Dortmunder Islamseminars, das Fußballturnier der Religionen, dem zwei Preise verliehen wurden, u.a. mit der Stadt Dortmund zusammen der Integrationspreis des DFB, sowie der Abschluss des dreijährigen Projektes „Friedenslicht der Religionen“ unter Schirmherrschaft des OB, getragen von den jüdischen, muslimischen und christlichen Dialogbeauftragten.

Die Kirchen bekennen sich auch weiter zur Integration mit aufrechem Gang und zum Dialog.

Es freut uns, dass das kirchliche Engagement auch von der Stadt Dortmund gewürdigt wird, wie zuletzt im Masterplan Integration, denn wir verstehen es auch als Beitrag zu sozialen Frieden der Stadt.

Keine Toleranz darf es allerdings geben, wo Toleranz und Demokratie selbst in bedroht werden.

Im letzten Jahr mussten wir die Reorganisation der Rechtsextremisten nach dem Verbot 2012 erleben. Wes Geistes Kind sie sind, zeigte sich zuletzt beim Kommunalwahlprogramm der Partei „Die Rechte“.

Das hat genau 25 Punkte hat. Fällt erst nicht auf, aber 25 Punkte hatte auch das Parteiprogramm der NSDAP von 1920. Und wer das für einen Zufall hält, ist wohl eher naiv!

Auch wenn wir stolz sein dürfen, was unsere Stadtgesellschaft hier geleistet hat: Wir sollten nicht nachlassen. Unsere Experten sagen uns, dass die Neonazis zuletzt an Boden verloren haben. Der entschlossene Widerstand zeigt also Früchte. Gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Gruppen bleiben wir Kirchenleute ganz sicher aktiv in dieser Sache.

Polizeipräsident Norbert Wessler, der Dortmund bedauerlicherweise in Kürze nun verlassen wird, war in diesen Fragen auch mit uns als Kirchen in einem guten und konstruktiven Gespräch. Persönlich wünschen wir ihm natürlich für seine Zukunft in der Landeshauptstadt schon jetzt von Herzen alles Gute. Wir hoffen zuversichtlich, dass sein Nachfolger oder seine Nachfolgerin nahtlos an sein Bemühen anknüpfen wird.

Den kirchlichen Verbänden und der Stadt liegt die Hilfe für Menschen in schwierigen Lebenslagen gemeinsam am Herzen. Viele wichtige Hilfen gehören zu den sogenannten freiwilligen Leistungen der Stadt und werden durch die Wohlfahrtsverbände umgesetzt. Es ist sehr erfreulich, dass es gelungen ist, diese wichtige Arbeit durch eine neue Vereinbarung für die Jahre 2014 bis 2019 zu sichern. Besonders erfreulich ist in diesem Zusammenhang, dass auch noch eine Ausweitung der Arbeit in den Seniorenbüros möglich wurde und durch geschickte Umschichtung von Mitteln die Dienste der Suchtberatung und der Kontaktclubs für psychisch Kranke in ihrem Bestand gesichert werden konnten.

Mehr Sorgen machte uns in der vergangenen Zeit die Schulsozialarbeit. Wir sind sicher alle einig, dass es wichtig ist, Kinder und Jugendliche zu fördern, die einen erschwerten Zugang zu Bildung haben. Gerade für sie ist Schulsozialarbeit ein ganz wichtiges Angebot. Seit 2011 wurden 81 neue Stellen an den Schulen in den Dortmunder Aktionsräumen geschaffen. Sie fanden schnell hohe Akzeptanz bei Lehrkräften, Schülern und deren Eltern. Erfreulicherweise konnte diese Arbeit zunächst bis Ende Juli 2014 verlängert werden. Im Dickicht der Zuständigkeiten zwischen Bund, Land und Kommune besteht nun die wichtige Aufgabe, diese Arbeit dauerhaft abzusichern. Dass der Oberbürgermeister es sich entschieden zum Ziel gesetzt hat, diese Arbeit für ein weiteres Schuljahr bis Mitte 2015 abzusichern, freut uns sehr. Wir erwarten mit Spannung die Ratsentscheidung im April dieses Jahres.

Soziale Fragen verbinden nicht nur Stadt und Kirche, sondern auch Kirchen und Gewerkschaft. Vor 25 Jahren, 1989, lief ein Flaggschiff der Zusammenarbeit vom Stapel, der Ökumenische Gottesdienst zum Tag der Arbeit. Das Schiff nahm Fahrt auf und segelte Jahr für Jahr durch die Dortmunder Gewässer, auch als es noch keinen Phoenixsee gab. Am 1. Mai 2014 können wir nun das 25-jährige Jubiläum dieses besonderen Gottesdienstes begehen. Der damalige Mitgründer und heutige Arbeitsminister Guntram Schneider hat schon zugesagt. Weil der Termin seit Jahren mit dem Empfang des Oberbürgermeisters zum Tag der Arbeit verbunden ist, ist es auch ein gemeinsames Signal für die Würde und den Wert dieser Arbeit. In diesem Zusammenhang sei auch erwähnt, dass die Kirchen sich intensiv mit dem DGB und anderen darum bemühen, die Zukunft des Dortmunder Arbeitslosenzentrums zu sichern.

Mit einiger Sorgen beobachten auch wir, wie in letzter Zeit das Verhältnis von Staat und Kirche diskutiert wird. Die Zahl der Vorstöße auch im parlamentarischen Raum wächst. Äußerer Anlass sind die Vorgänge in Limburg, die aus Dortmunder Sicht ärgerlich sind und das sage ich in ökumenischer Einigkeit. Wir möchten auch die heutige Gelegenheit nutzen, Ihnen dazu das Gespräch anzubieten. In öffentlichen Diskussionen gehen die Dinge manchmal durcheinander. Wir erinnern daran, dass hinter dem Status der Kirchen nicht einfach überkommene Rechte stehen. Das Subsidiaritätsprinzip etwa, das die Grundlage für viele soziale Aktivitäten der Kirchen darstellt, resultiert eben nicht zuletzt aus den Erfahrungen der NS-Zeit; es ist Ausdruck einer demokratischen Kultur und schützt die Gesellschaft vor allen Formen von Totalitarismus. Nach wie vor gehört die Mehrheit der Bevölkerung zu einer der großen christlichen Kirchen. Auch das Kirchensteuersystem halten wir für angemessen und richtig. Auch die Landesregierung hat diese Auffassung aus ihrer Sicht kürzlich bestätigt. Vergessen wir nicht: Mit ihrem Einsatz helfen die Kirchen, wichtige soziale Aufgaben zu erfüllen. Der weit überwiegende Teil der kirchlichen Einnahmen und Haushalte wird in Menschen investiert – die Kirchen schaffen Arbeit. Und sie unterhalten wichtige Zeugen unserer Kultur – wie denkmalgeschützten Kirchen – auch diese herrliche Stadtkirche St. Reinoldi. Laden Sie uns ein, wenn Sie es genauer wissen wollen. Wir stellen uns gern jeder Diskussion.

Um auch in Zukunft handlungsfähig zu sein, verändern sich beide Kirchen kontinuierlich in ihrer Organisation und Leitung. Nicht immer ist das so prominent und unübersehbar wie bei einem neuen Papst in der katholischen Kirche. Die lokalen Veränderungen aber sind für die Christen und Gemeinden oft viel unmittelbarer wichtig. Das gilt für beide Kirchen.

Rom ist zwar noch weiter weg als Bielefeld, aber in beiden Fällen gilt in der Regel: Wichtig ist auf'm Platz. Und der ist für uns in Dortmund.

Als Evangelische haben wir gerade eben einen neuen großen Kirchenkreis gebildet. Seit dem 1.1. gibt es in Dortmund und Lünen nicht mehr vier Kirchenkreise, sondern – wie zuletzt vor 53 Jahren - nur noch den einen evangelischen Kirchenkreis Dortmund.

Ich stehe heute hier, weil eine Vereinigungssynode mich zum neuen Superintendenten gewählt hat und unter uns sind die beiden neuen stv. Superintendenten Frau Aurras-Reiffen und Michael Stache sowie weitere Mitglieder des neuen Kreissynodalvorstands.

Auch auf katholischer Seite gab es Veränderungen. Aus den schon länger bestehenden Pastoralverbänden werden Zug um Zug "Pastorale Räume" Im Pastoralen Raum gibt es für ca. 15.000 Katholiken ein Pastoralteam aus Priestern und Gemeindefereferenten mit Zuständigkeit für den gesamten Raum. Die ersten Pastoralen Räume Dortmund Ost und die Großpfarrei St. Ewaldi (Dortmund Aplerbeck) sind gebildet. Da wird Neuland beschritten – mit großem Einsatz und viel Mut und Energie.

Schauen wir in das kommende Jahr so freuen wir uns nicht nur auf die Fußball WM. Wir freuen uns im Bereich der ev. Kirche auch auf ein besonderes Veranstaltungsprogramm unter dem Motto Kirche und Politik, das mit einem munter farbigen Lutherkopf auf sich aufmerksam macht .

Dazu passend blicken wir im Mai 2014 auch auf die Wahlen. Als Kirchen möchten wir die Bürger ermuntern ihr Wahlrecht zu nutzen. Auch wenn es in Dortmund eine gewisse Wahlmüdigkeit gibt. Lassen sie uns nicht vergessen, welches Glück es ist, das wir in einem Land leben, wo wir unsere Regierungen und VertreterInnen selbst wählen dürfen.

Stichwort Glück. Lassen sie mich schließen mit der Jahreslosung für das Jahr 2014. Es ist dem Psalm 72 entnommen und lautet: "Gott nahe zu sein ist mein Glück". Ihnen allen wünsche ich ganz persönlich diese Glückserfahrung.

Und jetzt darf ich sie alle einladen zum Empfang zum Imbiss und Gesprächen hinten im Turmraum. Von dieser Stelle alles Gute für das neue Jahr und Glück auf!"

Endfassung: Ulf Schlüter, 23.01.2014

Entwurf : Pfr. Friedrich Stiller / RGV

unter Verwendung von Beiträgen des DW (Anne Rabenschlag, Uta Schütte Haermeyer) und Michael Bodin, Kath. Kirche